

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXIII/29

Bonn, den 9. Februar 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 2	<u>Unterschiede...</u>	94
	Justiz und Polizei - hilflos bei Krawallen? Parlamentarier müssen vorbildlich sein Von Martin Hirsch, MdB	
3 - 3 a	<u>Der Horizont ist heller geworden</u>	64
	Von Heinz Kühn Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen	
4	<u>Hort der internationalen Bildungsarbeit</u>	40
	Zur Einweihung der neuen Heimvolkshochschule der Friedrich-Ebert-Stiftung in Saarbrücken	
5	<u>Soziale Unzufriedenheit in Spanien wächst</u>	44
	Überall Sturmzeichen Von unseren HD-1 Korrespondenten in Madrid	

Unterschiede...

Justiz und Polizei - hilflos bei Krawallen?

Von Martin Hirsch, MdB

"Gibt es bei uns eigentlich Klassenjustiz?" fragte vor ein paar Tagen ein Abgeordneter; "jeder Arbeiter, der einen Unfall fährt, wird bestraft, aber studentische Gewaltakte nimmt die Justiz nicht mehr zur Kenntnis."

Das Beispiel hinkt, aber nur wenig: wer anderer Leuts Scheiben einwirft, bekommt Tage darauf Strafanzeige oder Strafbefehl ins Haus. Seit Tagen wird unwidersprochen behauptet, Studenten seien identifizierbar beobachtet worden, als sie Fensterscheiben von Zeitungsverkaufsstellen eingeworfen hätten. Von irgendwelchen Strafsanktionen aber, wie sie nach dem Strafgesetzbuch selbstverständlich wären, ist weit und breit nichts zu sehen, nichts zu hören. Wo ist da der Unterschied? Nur dreißig Jahre nach der "Reichskristallnacht" sollte niemand behaupten, angeblich motivierte Sachbeschädigung sei milder oder härter, jedenfalls aber anders zu beurteilen als "normale" Zerstörungsakte!

Was veranlaßt unsere Polizei und die Justizorgane eigentlich, so völlig hilflos gegenüber den offensichtlich und absichtlich rechtswidrigen Aktionen angeblich "linker" Gruppen zu reagieren? Mal schlagen sie sinn- und ziellos zu: den Studenten Teufel wegen eines albernen Flugblatts der Brandstiftung, wegen schlichten Straßensitzens des schweren Landfriedensbruchs anzuklagen und monatelang in Untersuchungshaft zu halten, ist so unsinnig, daß man sich als Jurist schämt, davon zu reden. Mal spielen sie indische Weisheit, wenn Fernsehfilme dokumentarisch beweiskräftig festhalten, wie der Student Dutschke mit dramatischer Revolvergebärde eine Horde zum Sturm auf das Berliner Justizgebäude mitreißt. Schlürmer noch: politische und Polizeiorgane kündigen in regelmäßigen Abständen "harte Reaktionen" an, die dann ebenso regelmäßig ausbleiben.

Logischer Erfolg: die allmählich zu völlig unpolitischen Krawall-Professionals degenerierten Protestler müssen sich dadurch nach geradezu gesteigertem Einsatz aufgerufen fühlen, um die so lang versprochene Reaktion endlich einmal hervorzulocken. Und die Leidtragenden sind die unbeteiligten Bürger, deren Alltag durch dieses paradoxe Katz- und Maus-Spiel keineswegs politisiert, sondern ständig gestört und verwirrt wird, mit dem einzigen Effekt, daß sie immer lauter nach Ruhe und Ordnung rufen. Leidtragende sind vor allem aber die engagiert politischen Organisationsgruppen, weil einerseits ihre legitime und durchaus nicht unbegründete Kritik an der Entwicklung unseres politischen Systems durch die Krawalle der Sogenanntsozialisten ständig diskreditiert wird und weil sie andererseits durch unproportionale Reaktionen der "Staatsmacht" immer wieder in ganz ungewollte Solidarisierungen getrieben werden.

Die völlig unverständliche Unfähigkeit der Polizei- und Justizorgane, strafbares Verhalten schlicht "nach Tarif" zu behandeln, bewirkt also ein Doppeltes: Sie lähmt die reinigende Wirksamkeit legitim linker politischer Kritik, mit deren Antrieb die demokratische Mitte in diesem Staat seine Verteidigung gegen den neofaschistischen Sog nach rechts verstärken könnte und müßte; genau diesen reaktionären Tendenzen schafft sie gleichzeitig spürbaren Auftrieb, weil der durch solche hilflosig-

keit provozierte Ruf nach Ruhe und Ordnung durch starke Hand von den rechten Rattenfängern ohne Mühe zur politischen Forderung erhoben wird. Ein einziger jener krakeelenden Kommunarden, die - wären ihre Motive politische - als sozialistische Anarchisten zu qualifizieren wären, lähmt hundert w i r k l i c h politische links Reformer und treibt tausend Konservative zur reaktionären Profilierung. Die Verantwortung dafür aber tragen die Polizei- und Justizorgane, die ohne erkennbaren Grund das allein auf Taten ausgerichtete Strafrecht mit Rücksicht auf die Täter nicht mehr tatgemäß anwenden wollen. Klassenjustiz? Sehr weit entfernt davon liegt es jedenfalls nicht, wenn strafbares Tun, nur weil es möglicher- und teilweise von Studenten getan, unter solch merkwürdiges Sonderrecht gestellt wird.

Wie kommt das? Man könnte sich mit der rechtshistorischen Erfahrung zufrieden geben, daß eine Strafrechtspflege, die auf Personen statt auf ihre Taten ausgerichtet wird, binnen kurzen in wechselseitig sich steigendem Terror endet. Aber das wäre oberflächliche Beschreibung statt inhaltlicher Erklärung.

Als die von der Kritik an den mittelalterlichen Zuständen unserer Hochschulen ausgehende politische Opposition über die Universitäten hinaus die gesamtgesellschaftliche Stagnation ins Visier nahm, reagierten die "staatstragenden" Kräfte so konsterniert und von allem Anfang so hilf- und planlos, daß sich die Gruppen der Opposition bestätigt und zu verstärkter Kritik ermutigt sehen durften. Fast zwangsläufig mußte der Punkt bald erreicht sein, da das Establishment, von berechtigt schlechtem Gewissen gereizt, zu unverhältnismäßigen Zurückschlagen aufgeschreckt wurde und - angesichts des blutigen Erfolgs - genau so heftig wieder zurückschreckte. Dieses anfängliche Schwanken zwischen den Extremen schuf die Verwirrung, die es auf der einen Seite völlig unpolitischen Krawallechtlern ermöglichte, hinter den breiten Rücken der politischen Opposition ihr lärmend zerstörerisches Spiel zu treiben, die auf der anderen Seite die zur Wahrung des äußeren Rechtsfriedens bestellten Organe unfähig machte, zwischen legitimer politischer Opposition und unpolitischen Rabauken zu unterscheiden.

Hier liegt der Hund begraben: uns fehlt das gesicherte demokratisch freiheitliche Selbstverständnis, das uns zu unaufgeregter Unterscheidung zwischen radikaler politischer Opposition und unpolitisch rechtsbrecherischen Radikalinskis befähigen würde. Uns fehlt (noch?) das Gefühl für die Berechtigung kompromißloser politischer Kritik, also auch für die Grenzen ihrer Legitimität. Wir können Toleranz nicht von Linientreue, Opposition nicht von Zerstörung unterscheiden. Das trifft in erster Linie gerade die Organe unserer Rechtsordnung, die zur Sicherung eben dieser Trennlinie berufen sind. Aber beileibe nicht nur die! Polizisten und Staatsanwälte, Innenminister und Richter sind Mitglieder dieser unserer Gesellschaft. Wir können von ihnen kein schärferes demokratisches Profil verlangen, als wir Politiker, insbesondere wir Parlamentarier es durch unser eigenes Verhalten modellieren. Daß diese Erkenntnis wenigstens eine Lehre für uns alle sei!

Der Horizont ist heller geworden

Von Heinz Kühn

Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen

Wir haben Wort gehalten! Wir sind in Nordrhein-Westfalen seit der Bildung einer neuen Regierung von SPD und FDP einen guten Schritt vorgekommen. Es geht wieder aufwärts. Koch liegen zwar ungewöhnlich schwere Probleme vor uns, doch der Horizont ist heller geworden. Auch in Nordrhein-Westfalen sehen wir bereits das Ende des Engpasses.

Anlässlich der Regierungsbildung habe ich gesagt: Den neuen Regierungen in Bonn und Düsseldorf ist die schwere Last einer zerrütteten Finanzwirtschaft als Erbe der abgetretenen Regierungen auf die Schultern geladen worden. Mit den Versäumnissen der Vergangenheit und den Bedrängnissen der Gegenwart müssen die neue Bundesregierung und die neue Landesregierung fertig werden. Damals habe ich weiter erklärt: Das Jahr 1967 droht das härteste der vergangenen zehn Jahre in der Geschichte unseres Landes zu werden - nach Jahren der Versäumnis wird es ein Jahr des Zupackens werden müssen!

Damals zu Beginn unserer Arbeit habe ich - dem Grundsatz der neuen Landesregierung entsprechend, nicht schön zu reden, sondern stets wahrhaftig zu sprechen - kein lockendes Bild für die vor uns liegende Zeit zeichnen können. Aus dieser Pflicht zu nüchternem Realismus habe ich gesagt: Es wird nicht leicht sein, die Versäumnisse der Vergangenheit wiedergutzumachen!

Vor uns lag damals ein Jahr der leeren Staatskassen und der dennoch steigenden Finanzbedürfnisse, ein Jahr absinkender Beschäftigung und einer sich weiter auftürrenden Kohlenkrise, ein Jahr geschwächter Wirtschaftskonjunktur und insgesamt ein Jahr sich vervielfältigender politischer Sorgen.

Zukunft verlangt Umdenken

Niemand wird glauben dürfen, erklärte ich deshalb bei der Bildung unserer neuen Regierung, daß Opfer nur den anderen zugemutet werden, ihm selbst aber möglichst nichts abverlangt werden sollte. Am wenigsten darf es aber sein, daß ein sozial verantwortlicher Staat die La-

sten der Strukturkrise und der Konjunkturflaute den sogenannten kleinen Mann aufhält!

Die Landesregierung hat darum besondere finanzielle Anstrengungen unternommen. Sie hat trotz der großen Finanzsorgen mehr als 1,8 Milliarden DM an strukturwirksamer Hilfe für die Steinkohlegebiete aufgebracht. Jetzt - 1968 - wollen wir sogar zwei Milliarden DM zur Strukturverbesserung in das Revier lenken, denn dort lasten in ganz besonderem Maße die Konsequenzen des Wandels der industriellen Struktur. Die Bewältigung der Steinkohlekrise, deren Lösungsmöglichkeiten sich nun abzeichnen beginnen, wird uns allen dabei weitere große Anstrengungen abverlangen: manchem Bergarbeiter die Bereitschaft zur Mobilität im Hinblick auf Wohnort und Beruf, den Unternehmern den Verzicht auf Profit aus den öffentlichen Aufwendungen für die Umstrukturierung der Steinkohlegebiete.

#### Die Weichen für eine bessere Zukunft gestellt

Im vergangenen Jahr hat die Landesregierung aus einem finanziell geradezu bedrückend beengten Aktionsraum heraus ein besonderes Maß an Konjunkturbewegung entfaltet. Wenn seit einigen Monaten der Horizont heller geworden ist, wenn zahlreiche Unternehmensleitungen wieder Zuversicht schöpfen, wenn den Arbeitern und Angestellten das Gespenst der Arbeitslosigkeit ferngerückt ist, wenn also auch nach dem Urteil sehr kritischer Beobachter die Talsohle des Konjunkturabschwungs durchschritten zu sein scheint, dann ist das nicht zuletzt auch den Initiativen unseres Landes und seiner neuen Landesregierung zu danken, der die Bundesregierung ausdrücklich bestätigt hat, pionierhaft und vorbildlich bei der Wiederbelebung der Wirtschaftskonjunktur vorgegangen zu sein.

Welche Hoffnungen dürfen wir für die nächste Zukunft haben? Es wird weiter bergauf gehen in Nordrhein-Westfalen! Der Wirtschaftsaufschwung wird sich verstärken und damit die Umstrukturierungsprobleme zu lösen helfen. An dieser wirtschaftlichen Entwicklung wird die Landesregierung mit ganzer Kraft weiter arbeiten. Gleichzeitig wird sich die Landesregierung mit allem Nachdruck für die Modernisierung und Reformierung des Schulwesens in unserem Lande einsetzen, damit bis zum Beginn des nächsten Schuljahres die Weichen auch für eine bessere Zukunft unserer Kinder gestellt sind.

### Hort der internationalen Bildungsarbeit

#### Zur Einweihung der neuen Heimvolkshochschule der Friedrich-Ebert-Stiftung in Saarbrücken

BRU - In Saarbrücken wird am Dienstag, den 13. Februar 1968, die neue Heimvolkshochschule der Friedrich-Ebert-Stiftung eingeweiht. Dieses ist das zweite Haus der Stiftung, die damit die wachsenden Anforderungen der politischen Bildungsarbeit erfüllen will. An der Eröffnungsfeier nehmen neben dem Geschäftsführenden Vorsitzenden des Vorstandes, Verleger Alfred Nau, und Mitgliedern des Kuratoriums der Friedrich-Ebert-Stiftung prominente Persönlichkeiten aus dem politischen, kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Leben des Saarlandes teil.

Die Schule liegt im nördlichen Teil Saarbrückens in einer ruhigen Wohngegend. Sie verfügt in zwei Gebäuden, einem Hauptgebäude und einem Internat, über rund 50 Studienplätze. Den Teilnehmern stehen modern eingerichtete Lehrsäle und Aufenthaltsräume zur Verfügung. Eine im Aufbau begriffene Handbibliothek unterstützt die Kursusarbeit.

Am 1. Oktober 1967 zogen bereits die ersten beiden Gruppen in die Schule ein: Lateinamerikanische Genossenschaftsexperten, die einen Teil ihrer dreimonatigen Ausbildung in Saarbrücken absolvierten; und junge Journalisten aus anglophonen Ländern Afrikas, die insgesamt 18 Monate in Deutschland bleiben werden und sechs Monate lang hier ihre theoretische Ausbildung erhalten.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung richtet ihre zweite Heimvolkshochschule in Saarbrücken ein, um den Aufgaben und den nicht nur qualitativ, sondern besonders auch quantitativ wachsenden Ansprüchen deutscher und internationaler Bildungsarbeit gerecht zu werden. Der Akzent im Veranstaltungskalender der neuen Saarbrücker Schule wird unter anderem auf der internationalen Bildungsarbeit liegen. Das bezieht sich nicht nur auf die Bildung und Ausbildung von Menschen aus den Entwicklungsländern, sondern auch auf die Bildungsarbeit auf deutsch-französischer und europäischer Ebene. Gerade für den letzten Bereich ist die Schule in Saarbrücken wegen der geografischen Lage besonders geeignet.

Daneben werden natürlich im Rahmen der politischen Bildungsarbeit für Deutsche die gleichen Themen behandelt, die sich in der bereits seit 1956 bestehenden ersten Heimvolkshochschule der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bergneustadt bewährt haben.

Mit der zweiten Heimvolkshochschule in Saarbrücken wird es der Stiftung möglich, in weit stärkerem Maße als bisher auch aus dem südwestdeutschen und süddeutschen Raum Interessenten zu berücksichtigen.

Mit der Einweihung ihrer zweiten Schule kommt die Friedrich-Ebert-Stiftung erneut der Verpflichtung nach, die sich aus dem Vermächtnis Friedrich Eberts ergibt: die "Verankerung der politischen Bildung in allen Schichten des deutschen Volkes" zu fördern.

## Soziale Unzufriedenheit wächst

### Sturmzeichen in Spanien

Von unserem HD-1 Korrespondenten in Madrid

Seit geraumer Zeit häufen sich die Klagen in Spaniens Presse und Öffentlichkeit über wirtschaftliche und soziale Mißstände. Eine Zeitung richtete eine neue "soziale Seite" ein und beschränkte sich nicht nur auf die Darstellung von Einzelschicksalen; sie kritisierte die gegenwärtigen Zustände sehr hart. Im Gebiet von Barcelona sind über 12.000 Arbeitskräfte beschäftigungslos, in der besonders geförderten Entwicklungszone Saragossa 4.000, und fast jeden Tag wird in Presse und Rundfunk über Neugründungen, aber noch öfter über Stilllegungen von Fabriken und von Kohlenzechen berichtet.

Die strikte Preiskontrolle der vergangenen Wochen hatte zwar den Auftrieb der Preise für Grundnahrungsmittel gebremst, doch schon zeigen sich große Maschen in dem Kontrollnetz, durch die manche Preise schöpfen können.

Wäre das technologische Niveau Spaniens bereits auf den italienischen Standard angestiegen und hätte sich das unternehmerische Denken "europäisiert", dann könnten zahlreiche Preise halbiert werden, die sozialen Übelstände wären leichter zu korrigieren.

Das Sozialklima ist ungut, das Stimmungsbarometer weist bedenklich auf Sturm. Allein im vergangenen Jahr waren von neun Millionen erwerbsfähigen Spaniern nach amtlichen Angaben 252.000 ohne Arbeit. Der Arbeiterrat der Vertikalsyndikate beschwerte sich über die "alarmierende Zahl von Fabrikschliessungen" und Einschränkungen in der Beschäftigungszahl. Jesuitenpater Julián Blas de Rosa unterstellt, in Spanien sei jeder vierte Arbeitnehmer arbeitslos oder unterbeschäftigt. Es stimmt: um leben zu können, müssen Hunderttausende zwei oder mehr "Jobs" nachgehen. Darunter leidet naturgemäß die Qualität der hergestellten Ware, die Qualität der Dienstleistungen und die Arbeitsmoral. Die zu Kleinbürgern im Lebenszuschnitt gewordenen Arbeiter fürchten den sozialen Abstieg und den Abschied von Kühlschrank und Kleinauto.

Politische Folgen zeichnen sich ab. Die "Arbeiterkommissionen", die verbotene oppositionelle "Gegengewerkschaft", haben in den Betrieben mit einer Unterschriftensammlung begonnen und wollen dem Parlamentspräsidenten Antonio Iturmendi ersuchen, die Gesetze so zu ändern, daß nicht mehr einseitig die Arbeiterschaft bei Zusammenkünften starken polizeilichen Pressionen ausgesetzt wird. Diese gegenwärtige Politik wird von den Arbeiterkommissionen schon als "Klassenkampf von oben" abgestempelt. Entlassungswellen, Lohnstopp und die Weigerung der Regierung, die Kontrolle der Syndikatsorganisation zu lockern oder gar freie Gewerkschaften zuzulassen, werden von den "Arbeiterkommissionen" als Wurzel allen Übels bezeichnet. Wer die Entwicklung der letzten Jahre verfolgt, kann diese Argumente nicht kurzerhand als "illegale Propaganda" vom Tisch wischen. Konstruktive Lösungen nach europäischen Vorbildern, so die oppositionellen Arbeiter, könnten hier Wandel schaffen. Ist Madrid dazu bereit?